



»In einer informierten Demokratie müssen Bürger und Entscheider Zugang zu hochwertiger wissenschaftlicher Information haben«

Jane Lubchenco, Meeresökologin, Oregon State University



»Jeder Minister leitet eigentlich ein wissenschaftliches Institut – egal ob es um Wohnungsbau geht oder um die Justiz«

Rush Holt, Physiker, AAAS

Amerikas Wissenschaftler ...  
Fortsetzung von S. 37

geschener Forscher mit Veröffentlichungen in den großen Fachzeitschriften der Zunft, etwa *Nature* und *Cell*. Als am 27. Januar der Einreisestopp verhängt wurde, unter anderem für Iraner, traf ihn das wie ein Schock. Am Montag darauf hätte er auf einer Konferenz im kanadischen Calgary sprechen sollen, aber er sagte die Reise ab – zu diesem Zeitpunkt glaubte er nicht, wieder zurück in die USA reisen zu können. Inzwischen ist klar gestellt worden, dass er sich als Inhaber einer Greencard keine Sorgen machen muss – zumindest im Moment.

»Ich habe keine Ahnung von nationaler Sicherheit«, sagt der schwarz gelockte Jungforscher. »Aber ich kann beurteilen, welche Folgen das für die Wissenschaft hat.« Schon immer hatten Studierende aus mehrheitlich islamischen Ländern Probleme, Visa für ein Studium in den USA zu bekommen. Das dauerte Monate, manchmal Jahre, und meist gab es das Visum dann nur für die einmalige Einreise. Jetzt muss sein Doktorand, der ebenfalls aus dem Iran stammt, befürchten, nie wieder ein neues Visum zu bekommen. Sobald er das Land verlassen würde, könnte er nicht mehr zurückkehren. »Da geht es nicht nur um seine Karriere, sondern auch um meine«, sagt Goodarzi. »Er könnte ja zum Beispiel nach Deutschland gehen. Für das Labor ist der Schaden fast noch größer. Der Bann macht es schwieriger für amerikanische Forschungsstätten, international zu konkurrieren.«

Als noch Hunderte von Forschern auf amerikanischen Flughäfen oder in ihrer Heimat festsäßen, wurde der Biologe aktiv: Mit ein paar Kollegen startete er im Internet eine Petition unter dem Titel *Academics Against Immigration Executive Order*. Innerhalb weniger Tage wurde der Aufruf von über 30 000 Professoren unterschrieben, darunter 62 Nobelpreisträger.

Eine andere Protestlawine geriet ins Rollen, als am Tag von Trumps Inauguration im Internetforum Reddit ein Teilnehmer sagte: »Es müsste einen Wissenschaftler-Marsch auf Washington geben!« Die Idee wurde von anderen aufgegriffen, eine Facebook-Gruppe, die mittlerweile über 800 000 Mitglieder hat, übernahm die Organisation. Der Marsch, der nach dem Vorbild des Frauenmarschs am 22. April zentral in Washington und dezentral in vielen Städten weltweit stattfinden wird, ist eine echte Basisinitiative. Die Gruppe hat ein paar Sprecher, die sich aber nicht in Interviews äußern wollen. Etablierte Wissenschaftsorganisationen wie die Union of Concerned Scientists (UCS) können sich nur anschließen. »Wir brauchen einen ständigen Druck durch Aktivisten«, sagt Andrew Rosenberg von der UCS. Seit Trumps Wahl kann sich die Organisation kritischer Wissenschaftler über neue Mitglieder und Spenden freuen.

Auch die AAAS unterstützt den Marsch. Ihr Chef Rush Holt erinnert sich an ein Schild, das ein Kind beim Frauenmarsch auf Washington in die Höhe hielt: »Was wollen wir? Evidenzbasierte

Behauptungen! Wann wollen wir sie? Nach der Peer-Review!« Der Verbandspräsident schmunzelt: »Wenn so etwas spontan bei einer Demonstration für Frauenrechte passiert, dann wissen Sie, dass da etwas im Busch ist.«

Holt betont, dass es ihm und der AAAS nicht nur um die Sicherung der Forschungsetats geht. »Jeder Minister leitet eigentlich ein wissenschaftliches Institut – egal ob es um Wohnungsbau geht oder um die Justiz.« Bei fast allen politischen Fragen müssten die Verantwortlichen ihre Entscheidungen auf der Basis von Evidenz treffen. Eine solche Politik, die von Vernunft und nicht vom Nutzen für die Partei oder die eigene Person



»Wir brauchen einen ständigen Druck durch Aktivisten«

Andrew Rosenberg, Ozeanograf, Union of Concerned Scientists

getrieben ist, kann Holt bei der neuen Regierung jedoch nicht ausmachen.

Von dieser Feststellung ist es nicht weit zu der Aufforderung an Wissenschaftler, massenhaft in die Politik zu gehen. Es muss ja nicht gleich ein Senatorenposten sein, wie ihn Michael Eisen anstrebt – es gibt genügend Wahlämter auf Staats- und Gemeindeebene. Shaughnessy Naughton, eine studierte Chemikerin aus einem Vorort von Philadelphia, hat eine Organisation namens 314 Action gegründet, die Forscher bei diesem Schritt unterstützen soll. Der Name spielt – typischer Wissenschaftlerhumor – auf die ersten drei Stellen der Kreiszahl Pi an. Am 14. März (englisch 3/14, daher auch der Pi-Tag) findet das erste Kandidatentraining statt. Über 2000 Teilnehmer haben sich bereits angemeldet.

Die 38-Jährige hat sich selbst zweimal vergeblich in den Vorwahlen der Demokraten um die Kandidatur für den Kongress beworben. Nun will

sie andere bei der Logistik der Parteiarbeit beraten. Sie kann die naturwissenschaftlich vorgebildeten Kongressmitglieder an einer Hand abzählen und bewundert Deutschland dafür, dass es eine promovierte Physikerin als Bundeskanzlerin hat. Naughton glaubt, dass eine wissenschaftliche Ausbildung nicht die schlechteste Qualifikation für ein politisches Amt ist. »Wissenschaftler sind weniger an einfachen Antworten interessiert als an echten Problemlösungen«, sagt sie. »Wir sind die Nerds, die in der Schule immer verprügelt wurden, wir sind es gewohnt, die Außenseiter zu sein.« Jetzt will sie diese Außenseiter zu politischen Insidern machen. Dann, so ist Naughton überzeugt, bekämen die USA eine sauberere Energie, effizientere Autos und eine bessere Infrastruktur.

Aber sind Wissenschaftler wirklich die besseren Politiker? Besonders im kalifornischen Silicon Valley, einem Epizentrum des intellektuellen Aufstands gegen Trump, herrscht die Auffassung vor, man müsse nur sachlich an alle politischen Probleme herangehen, dann werde man schon eine Lösung finden. Ganz nach der Vorstellung von Gottfried Wilhelm Leibniz, der schon im 17. Jahrhundert meinte, man müsse sich nur zusammensetzen und sagen: »Lasst uns rechnen!«, dann erübrige sich jeglicher politische Kampf.

Wenn Forscher mit dieser Haltung in die Politik gehen, dann werden sie wahrscheinlich scheitern und zumindest im übertragenen Sinne wieder die Prügel einstecken. »Solange Wissenschaftler ihre Arbeit in arroganten Statements präsentieren«, sagt der AAAS-Chef Holt, »wird die Öffentlichkeit glauben, dass Wissenschaft nur eine Art Wahrheit sei und soziale Medien eine andere und dass Normalsterbliche eben nicht entscheiden könnten, welche die richtige ist.«

Zwei Drittel der Amerikaner, das hat eine Umfrage 2011 gezeigt, können keinen lebenden Wissenschaftler namentlich benennen. Das Vertrauen in die Wissenschaft scheidet sich nicht entlang der Parteilinien, wie eine oberflächliche Betrachtung vielleicht nahelegt, sondern eher entlang des sozialen Grabens, der durchs Land läuft: Unter den reichsten 25 Prozent der Menschen, das ergab eine Untersuchung der National Science Foundation, hat immerhin die Hälfte Vertrauen in Wissenschaftler, bei der niedrigsten Einkommensgruppe sind es nur 33 Prozent. Aus diesem Wählerreservoir hat Donald Trump geschöpft.

Vielleicht müssen sich die Forscher daher erst einmal ihren Landsleuten ganz bescheiden als normale Bürger präsentieren. Das ist das Ziel einer Twitter-Kampagne mit dem Hashtag *#actual-livingscientist*. Da stellt sich zum Beispiel eine Biologin mit folgendem Tweet vor: »Hi! Ich bin Imogene. Ich studiere die Populationsgenetik von Fleischfressern. Ich liebe Pho und wünsche mir schnell einen Hund.« Die Revolution kommt in kleinen Schritten.

www.zeit.de/audio



»Wissenschaftler sind weniger an einfachen Antworten interessiert als an echten Problemlösungen«

Shaughnessy Naughton, Chemikerin, Gründerin von 314 Action



»Der Bann macht es schwieriger für amerikanische Forschungsstätten, international zu konkurrieren«

Hani Goodarzi, Krebsforscher, University of California San Francisco

# Widerstand auf breiter Front

Wissenschaft ist international. Forscher, Organisationen und Regierungen in aller Welt stellen sich auf Donald Trumps Politik ein

VON MIRAY CALISKAN

## Gemeinsam protestieren

Beim March for Science am 22. April werden nicht nur Wissenschaftler in Washington und anderen amerikanischen Städten gegen den radikal veränderten Kurs der US-Regierung in Forschung und Lehre demonstrieren. Kollegen aus aller Welt wollen sie unterstützen, an insgesamt mehr als hundert Orten. In Städten wie Amsterdam, Sydney, Tokio, Santiago de Chile oder Hongkong sind Satellitenmärsche geplant.

Auch in Deutschland wird es Demonstrationen geben, unter anderem in Berlin, München, Dresden, Heidelberg und Leipzig. Die Initiative vernetzt sich derzeit auf der Facebook-Seite *Science March Germany* und über Twitter-Accounts, die jeweils den Städten zugeordnet sind. Details stehen noch nicht fest. Jörg Hacker, Präsident der Nationalen Akademie Leopoldina, sieht die Demonstrationen positiv, sagte er in einem Gespräch mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: »Im Prinzip ist alles sinnvoll, was sich in Richtung Internationalität artikuliert.«

## Weiter kooperieren

*Wissenschaft ist international*: Unter dieser Überschrift appellierte die Allianz deutscher Wissenschaftsorganisationen – darunter die Leibniz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft – in einem offenen Brief an die US-Regierung, das Einreiseverbot für Bürger von sieben mehrheitlich islamischen Staaten umgehend zurückzunehmen. Das vom US-Präsidenten erlassene Dekret sei ein Angriff auf die Grundwerte der Wissenschaft.

»Der eingeschlagene Weg der Abschottung hat derzeit noch unabsehbare, aber in jedem Fall weitreichende Folgen über die Wissenschaftsnation USA hinaus«, heißt es in der Erklärung. Man dürfe international tätigen Forschern und Forscherinnen nicht die Einreise in die Vereinigten Staaten verwehren. Denn

damit wären diese von wichtigen Tagungen, Symposien und Seminaren ausgeschlossen.

In Zeiten internationaler Krisen sei die Wissenschaft ein wertvolles Bindeglied, das dringend erhalten werden müsse. Nur ein offener, freier und internationaler Diskurs könne zu wissenschaftlichen Erkenntnissen führen. Hierfür sei der persönliche Austausch über akademische Disziplinen, Nationen und Kulturen hinweg dringend notwendig.

## Türen öffnen

Deutsche Forschungsinstitute und Universitäten sollen gezielt US-Forscher abwerben. Das hat Jürgen Mlynek, ehemaliger Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, bei der Vorstellung der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Bildung und Forschung geraten. Angesichts des US-Einreiseverbots, der durch Trump verfügten Kürzungen und der allgemein unsicheren Lage der amerikanischen Wissenschaft wäre es unklug, sich nicht um exzellente Forscher zu bemühen.

»Wie steht Deutschland betreffs Forschung international da? Sehr gut«, sagte Mlynek, der als Sprecher des Hightech-Forums Internationalisierung an der Formulierung der Strategie beteiligt war. Deutschland sei durch seine Exzellenzinitiative und die Organisation seiner Wissenschaft so attraktiv wie noch nie zuvor. »Da können wir noch aktiver Angebote machen«, sagte Mlynek. Er fasst die Strategie so zusammen: »Unsere Antwort lautet: Mauern runter, Offenheit, Willkommenskultur.«

»Wir halten nicht nur unsere Grenzen offen, sondern bieten seit Jahren und mit Erfolg auch Forschern aus aller Welt die Möglichkeit, in unserem Land zu arbeiten«, sagte auch Bundesforschungsministerin Johanna Wanka in der *ZEIT*. »Klar ist, dass diese Türen gerade auch künftig weit offen stehen für Wissenschaftler, die bei uns arbeiten wollen.« Ein Anwerbeprogramm oder ein Abwerbeprogramm werde sie aber »politisch auf

keinen Fall akzeptieren«, so Wanka. Das sei kontraproduktiv, betont Wanka, da Deutschland prinzipiell auf Kooperation setze.

## Daten sichern

Johanna Wanka fürchtet, dass ein radikaler Wandel der Wissenschaftspolitik der USA auch deutsche Interessen verletzen könnte. »Es ist wichtig festzustellen, wer den Zugriff auf Rohdaten bei Forschungsprojekten hat«, betonte sie gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

US-Präsident Trump möchte womöglich bereits gesammelte Daten verschwinden lassen und verhindern, dass Wissenschaftler neue Daten über den Klimawandel sammeln. »Es ist beunruhigend, wenn Forscher in den USA meinen, sie müssten ihre Daten auf unabhängigen Speichern sichern, weil die wissenschaftliche Erkenntnis eventuell nicht mehr der politischen Linie folgt«, so Wanka in der *ZEIT*. Zwar wisse niemand, welche Entscheidungen Trump für den Forschungsbereich noch fällen werde, »wir werden aber sicherlich ein Auge darauf haben, wie künftig bilaterale Vereinbarungen für Forschungsk Kooperation aussehen sollen«, sagte sie der dpa. Ihr sei wichtig, dass sich die Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Forscher nicht verschlechtern: »Jede Einschränkung wäre für den Erkenntnisfortschritt schlecht.«

## Als Geldgeber einspringen

Mit einer seiner ersten Amtshandlung hat Trump in einem Dekret die sogenannte Global Gag Rule gestrichen. Die erlaubte der US-Regierung, internationale Nichtregierungsorganisationen zu fördern, die Frauen in ärmeren Ländern über Familienplanung, Verhütung und Abtreibung informieren. Damit steht er in der Tradition vieler republikanischer US-Präsidenten. Demokratische Präsidenten hatten die Förderung immer wieder erlaubt, zuletzt Barack Obama. Kurz nach seinem Amtseintritt 2009 stellte er Geld für medizinische Beratungs-

ANZEIGE

## Gutschein\* für Pflegehilfsmittel

Pflegehilfsmittel können von der Kasse nach Beantragung erstattet werden. Sanubi liefert bereits vor Beantragung.

Bestellen Sie jetzt ohne Risiko  
☎ 030 555 78 50 84

\* gültig bei Pflege eines Pflegebedürftigen mit Pflegestufe



Gutscheincode: **pflegeDZ02**

sanubi.com

stellen zur Verfügung. Das fehlt nun. Die Finanzierungslücke soll 600 Millionen Euro im Jahr betragen. »Solche massiven Budget-Kürzungen würden zu einer Rückentwicklung führen. Junge Mädchen würden wieder zu illegalen Praktiken getrieben. Es würde zu mehr Kinder-Hochzeiten und zu frühen Schwangerschaften kommen«, sagte der belgische Entwicklungsminister Alexander De Croo.

Nun wollen Vertreter zahlreicher Staaten bei einer Geberkonferenz diese Lücke schließen. Auf einem Treffen mit dem Titel *She Decides* (»Sie entscheidet«) soll am 2. März in Brüssel Geld für Hilfsorganisationen gesammelt werden, die Frauen in Schwellenländern zu Abtreibungen beraten und

medizinisch betreuen. Zu den Teilnehmern gehören Dänemark, Luxemburg, Belgien, Finnland, Kanada, die Niederlande und der afrikanische Inselstaat Kap Verde. Belgien, Dänemark und die Niederlande haben bis jetzt knapp 30 Millionen Euro gesammelt.

Lilianne Ploumen, die niederländische Ministerin für internationale Entwicklung, betonte, es gehe nicht um Politik, sondern um die Rechte von Frauen und Mädchen. Die Beratungsstellen sollten sich nicht allein auf Beratung zu Abtreibungen konzentrieren, sondern auch Schwangere unterstützen, Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen und Sexualkurse anbieten.